

Artikel in der Jungfrauzeitung über die Verdingkinderbuchvernissage am 15. März 2011 in Bern mit der Entschuldigung des Regierungsrats

Quelle: <http://www.jungfrauzeitung.ch/artikel/110299/> (Stand 18. März 2011)

## «Entschuldigung des Regierungsrates freut mich»

**Vernissage zur Publikation einer Studie über Fremdplatzierungen**

**Regierungsrat Christoph Neuhaus hat sich anlässlich einer Vernissage zur Publikation einer Studie über Fremdplatzierungen im Kanton Bern bei ehemaligen Verdingkindern entschuldigt. Darüber freute sich die Grüne Grossrätin Christine Häsler, die mit einer Motion Anstoss zur historischen Aufarbeitung gegeben hatte. (Fotos: Pascal Kupper)**



*An der Vernissage im Rathaus Bern nahmen zahlreiche ehemalige Verdingkinder teil.*

Im 19. und 20. Jahrhundert wurden in der Schweiz Tausende von Kindern von ihren Familien getrennt und anderen Familien zugeführt – von den Behörden «fremdplatziert», wie es damals als Mittel zur Armutbekämpfung üblich war. Der Kanton Bern spielte in einem der «dunkelsten Kapitel der jüngeren Geschichte der Schweiz» eine «traurige Rolle», sagte Regierungsrat Christoph Neuhaus vor zahlreich erschienen ehemaligen Verdingkindern in der Halle des Rathauses Bern. «Allzu häufig waren die Kinder behördlicher Willkür und lieblosen, hartherzigen

Pflegeltern ausgesetzt.» Und Neuhaus zeigte, dass sich die Regierung inzwischen des Unrechts bewusst ist: «Ich möchte die Gelegenheit ergreifen und mich auch im Namen des Regierungsrates dafür ausdrücklich bei Ihnen entschuldigen».



*Christine Häsler, Burglauenen, hatte mit ihrer Motion die Aufarbeitung des «düsteren Kapitels» angeregt.*

### **Anstoss durch Häsler und Stucki-Mäder**

Anlass zur Vernissage gab die Publikation der Studie «Die Behörde beschliesst – zum Wohl des Kindes? – Fremdplatzierte Kinder im Kanton Bern 1912 bis 1978.» Das Buch zeige eindrücklich, dass bei einer Fremdplatzierung häufig nicht das Wohl des Kindes, sondern finanzielle Aspekte im Vordergrund standen, so Neuhaus. Die Studie war vom Regierungsrat 2006 in Auftrag gegeben und unter der Leitung von Ueli Mäder, Soziologieprofessor an der Uni Basel, durchgeführt worden. Anstoss zu der historischen Aufarbeitung der teilweise schockierenden Praxis der Behörden hatten zwei Motionen aus dem Grossrat gegeben: Eine von SP-Grossrätin Margrit Stucki-Mäder, die andere von der Grünen Grossätin Christine Häsler aus Wilderswil. Ihre Motion hatte damals starke Abwehrreflexe ausgelöst. «Einige politische und nicht-politische Leute fragten mich, weshalb ich denn diese alte Geschichte aufwühlen wolle. Das sei so lange her und man könnte es doch bitte ruhen lassen», erzählte die Grossrätin. Der Regierungsrat lehnte die Motion denn auch ab, doch der Grosse Rat wandelte den Vorstoss in ein Postulat um und hiess dieses gut.» Das stärkte den

Vorstoss von Margrit Stucki-Mäder, der unter anderem mehrere Massnahmen verlangte, «damit die Geschichte der Verdingkinder im Kanton Bern aufgearbeitet werden kann.»

### **Weniger üblich**

«Im östlichen Oberland sind Fremdplatzierungen weniger als an anderen Orten praktiziert worden – trotzdem kam es vor», sagte Christine Häsler gegenüber dieser Zeitung. Sie hatte selbst einen solchen Fall in der Familie erlebt und mit ehemaligen Verdingkindern gesprochen. «Das Wichtige an der Studie war, dass die Betroffenen über ihre Erlebnisse reden und diese verarbeiten konnten. Und wir haben gezeigt, dass wir ihre Geschichte ernst nehmen und daraus lernen können, auch wenn die Geschehnisse zum Teil schon lange zurückliegen.» Häsler freute sich über die offizielle Entschuldigung des Regierungsrates, auch wenn sie diese bereits vor fünf Jahren erwartet hatte.



*Christian Lüthi, Präsident des Historischen Vereins des Kantons Bern, zeigte sich über die geschlossene wissenschaftliche Lücke erleichtert.*

### **Wissenschaftliche Lücke**

Im Verlauf des 20. Jahrhunderts war über das Thema Verding- und Pflegekinder wiederholt debattiert und mehrere Publikationen waren veröffentlicht worden. «Eine

wissenschaftliche Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels schweizerischer und bernischer Sozialgeschichte liess jedoch lange auf sich warten», sagte Christian Lüthi, Präsident des Historischen Vereins des Kantons Bern. In den 90er-Jahren wurden verschiedene Lizentiatsarbeiten und Dissertationen dazu verfasst. 2005 bis 2008 befasste sich Forschungsteam der Universität Basel im Rahmen eines nationalen Forschungsprogramms mit den Verdingkindern. Die Forscher erhielten 2008 auch den Auftrag, sich den Fremdplatzierungen im Kanton Bern zu widmen. «Das Ergebnis der interdisziplinären Studie schliesst eine Forschungslücke in der bernischen Histografie», sagte Lüthi. Aus diesem Grund habe sich der HVBE darum bemüht, in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Jugendamt das Ergebnis zu veröffentlichen.



*Soziologieprofessor Ueli Mäder leitete die interdisziplinäre Studie.*

### **über Erfahrungen berichten**

Ueli Mäder, Leiter der Forschungsgruppe, waren bei seiner Forschung zwei Aspekte aufgefallen. «Zum einen, wenn ehemalige Verdingkinder, die ja teilweise sehr missliche Erfahrungen gemacht haben, irgendwo von ihren Erfahrungen erzählen konnten. So zum Beispiel, wenn sich ein Polizist oder eine Lehrperson für sie eingesetzt habe.» Andererseits hat sich Mäder auch mit Kindern von ehemaligen Verdingkindern auseinandergesetzt, die zum Teil auch Misshandlungen erfahren haben, obwohl die Eltern dies verhindern wollten. Andere seien zu sehr verwöhnt worden und dadurch ebenfalls nicht vorteilhaft aufgewachsen. Die Studie trage zu

einem Perspektivenwechsel im Umgang mit Kindern bei, zeigte sich Mäder überzeugt, von einer blockierenden «Du-solltest-Anforderung» zu einer positiv verstärkten «Ich-kann-etwas-Haltung».



*SP-Grossrätin Margrit Stucki-Mäder hatte die erste von zwei Motionen im Grossrat eingereicht.*

### **«Die Behörde beschliesst»**

Im 19. und 20. Jahrhundert haben die Behörden Tausende Kinder «fremdplatziert». Es war eine im Einklang mit der Rechtsordnung stehende Praxis, um Familien aus der Armut zu führen. Gegen Arbeitsleistung oder geringes Entgelt wurden die Kinder bei anderen Familien untergebracht. Die sogenannten Verdingkinder erfuhren in der fremden Umgebung teilweise Misshandlungen und reduzierte Zuwendung.

Eine vom Regierungsrat 2006 in Auftrag gegebene Studie wurde 2010 abgeschlossen und 2011 in Buchform veröffentlicht. Die Studie «Die Behörde beschliesst – zum Wohl des Kindes?» zeigt wirtschaftliche, gesellschaftliche und rechtliche Abhängigkeiten im Kanton Bern von 1912 bis 1978 auf – auf Grundlage von mehreren Interviews. Das Buch ist als Teil der Reihe Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern im Verlag Hier und Jetzt erschienen und kostet 38 Franken.



Finanziert wurde die 214-seitige Studie vom Historischen Verein des Kantons Bern mit Geldern aus dem Lotteriefonds des Kantons Bern und vom Kantonalen Jugendamt. Die Kosten betragen insgesamt 33'000 Franken.

Autorinnen und Autoren sind Marco Leuenberger, Lea Mani, Simone Rudin und Loretta Seglias.